

# VBS warnt vor ausländischen Spionen

**Sensibilisierungskampagne** Professionelle Ausfrager, verhängnisvolle Geheimnisse und digitale Spuren: Das Verteidigungsdepartement weist seine Mitarbeiter in neuen Broschüren auf Bedrohungen durch ausländische Nachrichtendienste hin.

Michel Burtscher

Finstere Gestalten sind auf dem Deckblatt der Broschüren zu sehen, die seit Anfang dieses Monats im Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) verteilt werden. «Sind Sie im Visier?» steht in grossen Buchstaben darunter. In der Broschüre geht es um Gefahren im virtuellen und realen Raum, um Erpressung und «professionelle Ausfrager». Sie ist Teil einer breit angelegten Sensibilisierungskampagne, wie VBS-Sprecher Renato Kalbermatten auf Anfrage bestätigt. Zur Zielgruppe gehören neben den VBS-Mitarbeitern auch die Armeeangehörigen.

Herausgeber des Informationsmaterials ist die Abteilung Informations- und Objektsicherheit, die für das Sicherheitsmanagement des Departements und der Armee verantwortlich ist. «Dem Mitarbeitenden wird mittels der Kampagne bewusst gemacht, welche Alltagssituationen für seinen Arbeitgeber sowie für ihn gefährlich werden können», sagt Kalbermatten. «Und sie zeigt, wie man sich verhalten muss und schützen kann.»

## Information ist Macht

So wird in der Broschüre in einem Kapitel etwa gewarnt, dass die Mitarbeiter vorsichtig sein sollen



Mitarbeiter des Verteidigungsdepartements könnten ins Visier ausländischer Nachrichtendienste geraten.

Bild: Gaëtan Bally/Keystone

mit beruflichen Informationen und persönlichen Daten. Ein «professioneller Ausfrager» könne auch scheinbar harmlose Informationen zu einem Gesamtbild zusammensetzen und gegen eine Person verwenden. Die Mitarbeiter sollen sich darum nicht über den Arbeitsplatz oder das Arbeitsumfeld ausfragen lassen. Im VBS gelte der Grundsatz

«Need to know», sagt Kalbermatten. Konkret bedeute dies, dass «sensible Informationen» nur gezielt und bewusst weitergegeben dürften. In einem anderen Kapitel der Broschüre geht es um Erpressbarkeit. «Gibt es Geheimnisse in Ihrem Leben, die niemand erfahren darf?», wird da gefragt. Diese neue Informationsoffensive ist keine Reaktion

auf ein konkretes Ereignis, wie Kalbermatten sagt. Das Departement führe jedes Jahr eine Sensibilisierungskampagne zu einem Thema aus dem Bereich Informations-, Objekt- oder Personensicherheit durch. Ziel ist es laut dem VBS-Sprecher, Vorfälle möglichst zu verhindern. «Aus diesem Grund berücksichtigen unsere Kampagnen das aktuelle

Umfeld, mögliche Lageentwicklungen und Veränderungen gesetzlicher Vorgaben», sagt Kalbermatten. Doch wer könnte die Mitarbeiter des VBS ins Visier nehmen, sie erpressen wollen? Kalbermatten verweist auf den jüngsten Lagebericht des Nachrichtendienstes: Darin wird vor den Mächenschaften ausländischer Geheimdienste gewarnt,

vor verbotenem Nachrichtendienst gegen politische oder militärische Interessen in der Schweiz. Die Spione könnten demnach als Diplomaten, Geschäftsleute oder Touristen getarnt in die Schweiz kommen.

## Spuren im digitalen Raum

Bei ausländischen Nachrichtendiensten gewinnen jedoch auch Cyberspionage und andere Cyberoperationen für die Informationsgewinnung immer mehr an Bedeutung, wie es im Lagebericht weiter heisst. Diesem Bereich misst die Sensibilisierungskampagne denn auch ein spezielles Gewicht bei. Dafür wurde eigens ein Comic produziert, in dem die Gefahren im digitalen Raum aufgezeigt werden. Auch in der Broschüre wird das Thema angesprochen: Die VBS-Mitarbeiter werden unter anderem angewiesen, die Ortungsdienste ihres Smartphones nur zu aktivieren, wenn diese wirklich benötigt werden. Zudem sei es verboten, das geschäftliche E-Mail auch für private Zwecke zu nutzen.

Die Sensibilisierungskampagne dauert noch bis Ende des Jahres. Das Thema selbst wird aber auch nachher nicht einfach abgehakt werden können. Informationsoperationen würden künftig weiter an Bedeutung gewinnen, heisst es dazu im Bericht des Nachrichtendienstes.

## EU schränkt Befugnisse der «fremden Richter» ein

**Zugeständnisse** Die EU soll der Schweiz beim institutionellen Rahmenabkommen in zwei Punkten entgegengekommen sein. Für Aussenminister Didier Burkhalter ist dieses deshalb nun unterschriftsreif, wie die «Sonntags-Zeitung» gestern berichtete.

Bei den Zugeständnissen geht es einerseits um die strittigen «fremden Richter» des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Diese sollen in Streitfragen zwischen der EU und der Schweiz nur noch eingeschränkte Kompetenzen haben. Zwischen Bern und Brüssel ausgehandelte Ver-

tragsregelungen sollen nicht mehr dem EuGH unterstehen. Andererseits wollte die EU bis hin einen ganzen bilateralen Vertrag aussetzen können, wenn sich die Schweiz weigert, europäisches Recht anzuwenden. Davon sei sie nun abgekommen.

Burkhalter habe dem Bundesrat vorgeschlagen, den Rahmenvertrag nun zu unterzeichnen. Dieser will jedoch zuerst wissen, an welchen Verhandlungsdossiers die Schweiz interessiert ist und welche davon nur durch den Abschluss des Abkommens de-

blockiert werden können. (ub)

## Ständerat will Lobbyisten besser kennen

**Transparenz** Die vorberatende Kommission wollte sich nicht mit Lobbyismus befassen. Der Ständerat zwingt sie nun, einen Vorschlag zur Beschränkung auszuarbeiten.

Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR) sagt es so: «Wir Parlamentarier sind die Schlepper der Lobbyisten.» Er bezieht sich auf die Regelung, dass ein Mitglied des eidgenössischen Parlaments zwei Personen Zugang zum nichtöffentlichen Bereich des Bundeshauses ermöglichen kann. Dies geschieht heute mit Zugangskarten, Badges genannt. Ein Parlamentsmitglied kann einen solchen Badge seinem Ehe- oder Lebenspartner geben – oder auch jemandem, der ihm politisch oder beruflich nahesteht. Insbesondere Lobbyisten sind scharf auf den Badge, denn er erleichtert ihnen den Zugang zu und die Bearbeitung von Mitgliedern des Parlaments. Auch wenn die Zutrittsberechtigten in einem öffentlichen Register erfasst sind, führt das System regelmässig zu Diskussionen über die Unabhängigkeit der Parlamentarier.

Nicht nur Caroni, auch andere Mitglieder des Parlaments verlangen in der Vergangenheit ein transparenteres Regime – erfolglos bisher. Doch es gibt Hoffnung: Am Ende der letzten Sessionswoche hat es der Ständerat abgelehnt, eine Initiative von Ständerat Didier Berberat (SP/NE) auf Antrag seiner Staatspolitischen Kommission (SPK) abzuschreiben. Berberats Initiative verlangt die Akkreditierung von Lobbyisten sowie deren zahlenmässige Beschränkung. Mit deutlicher Mehrheit hat der Rat die SPK beauftragt, ihr endlich einen prak-

tikablen Vorschlag für eine solche Beschränkung vorzulegen.

Den Auftrag hat die SPK des Ständerates bereits seit März 2016. Auslöser der Initiative von Berberat war nicht zuletzt der Fall von Nationalrätin Christa Markwalder (FDP/BE) 2015. Sie reichete nicht nur einen teilweise in Kasachstan verfassten Vorstoss im Parlament ein, über sie gelangten auch Informationen aus der Aussenpolitischen Kommission in jenes Land. Gleichwohl mochte sich die ständerätliche SPK nicht mit dem von der Berberat-Initiative Verlangten anfreunden. Vor einem Jahr empfahl sie dem Rat Ablehnung, kam damit aber nicht durch. Die Initiative zielt lediglich auf die Lobbyisten im Bundeshaus, begründete der damalige Kommissionsprecher Peter Föhn (SVP/ZH) den ablehnenden Entscheid der SPK, Lobbying aber existiere auch ausserhalb des Bundeshauses. Der Ständerat sah das anders und schickte die SPK zurück an die Arbeit. Auch

die nationalrätliche Schwesterkommission hat Zustimmung zur Initiative beschlossen.

Ein Jahr später nun dasselbe Bild: Nach Sichtung einer vom Kommissionssekretariat ausgearbeiteten Änderung des Parlamentsgesetzes beantragte die SPK, Berberats Initiative abzuschreiben. Die Gesetzesänderung sei nicht ausgegoren und zu kompliziert, so die Begründung.

## Zurück an die Arbeit geschickt

So viel Sturheit hat der Ständerat nicht goutiert: Mit 29 zu 13 Stimmen schickte er seine SPK erneut zurück an die Arbeit. Wenn diese mit der vorliegenden Gesetzesänderung nicht zufrieden sei, müsse sie sie halt verbessern, lautete der Ratschlag. Kommissionspräsident Peter Föhn ist nun auf der Suche nach einer Lösung, die sowohl für die Verwaltung als auch für die Lobbyisten möglichst einfach zu handhaben ist, wie er auf Anfrage sagt. Gesucht sei eine transparente Akkreditierung der Lobbyisten – transparent insofern, als sie einsehbar mache, für wen genau ein Lobbyist tätig sei. Föhn will zudem die Parlamentarier weiterhin berücksichtigen: Sie sollen auch in Zukunft mindestens einen Badge vergeben können, so seine Intention.

Des weitern müssten die Kantone ebenfalls Zutritt haben, ist er überzeugt. Wie sich all dies unter einen Hut bringen lässt, weiss er zurzeit jedoch noch

nicht. Klar ist für ihn indes, dass sich Milizparlamentarier und Lobbyisten auch in Zukunft gegenseitig bräuchten.

Dass eine einfache und unbürokratische Lösung gefunden werden müsse, ist auch die Meinung von SPK-Mitglied Pascale Bruderer Wyss (SP/AG). Sie war gegen das Abschreiben des Vorstosses. Die Ständerätin hat drei Forderungen: Neben der möglichst einfachen Akkreditierung sowie der Reduktion der Zahl der Lobbyisten mit Zugang zum nichtöffentlichen Bereich des Bundeshauses will sie ein wirklich transparentes Register, das Ross und Reiter (Auftraggeber) auch tatsächlich nennt. Sie beantragt zudem, auf das Badge-System zu verzichten. Um Leute im Bundeshaus persönlich zu empfangen oder zu treffen, sei ein Badge nämlich nicht erforderlich.

Für den Fall nun, dass sich die SPK des Ständerates mit diesem Geschäft weiterhin schwer tut, könnte sie übrigens auf bewährte Helfer zurückgreifen: auf die Lobbyisten. Die Schweizerische Public Affairs Gesellschaft (Spag) offeriert der SPK nämlich bereits ihr Fachwissen, «damit rasch klare und praktikable Regeln für den Bundeshauszutritt von Lobbyisten geschaffen werden», so Spag-Präsident Stefan Kilchenmann. Diese Art der Problemlösung – immerhin – ist ja eingespielt im Bundeshaus.

Richard Clavadetscher

ANZEIGE

## 45. Internationale Messe für Erfindungen, Genf

29 März > 2 April

Unter dem Patronat der Schweizerischen Eidgenossenschaft, des Kantons, der Stadt Genf, der Weltorganisation für geistiges Eigentum - WIPO-OMPI

palexpo Bilan inventions-geneva inventions-geneva.ch



Initiant Didier Berberat, SP-Ständerat Neuenburg. Bild: KEY